

Wäre die Katastrophe vermeidbar gewesen?

Mit grossem Erstaunen verfolge ich die Berichterstattung über die Corona-Krise. Fast jeden Tag gibt es einen Wissenschaftler, der uns die Fakten erklärt und darstellt, wie das Virus von den Fledermäusen über einen Wirt auf den Menschen übertragen wurde. Man hat die Kette nach der Sars-Epidemie genau erforscht. Am Ende war der Auslöser wahrscheinlich ein Markt in China, wo lebende Wildtiere verkauft wurden. Wissenschaftler haben nach Sars vor der Gefahr einer weiteren Epidemie gewarnt, die von einigen bizarren Essgewohnheiten in Asien ausgeht.

Aber fünfzehn Jahre lang ist nichts passiert. Die Corona-Katastrophe wäre vermeidbar gewesen. Leider ist aus Dummheit und Ignoranz nichts geschehen. Das ist der eigentliche Skandal und zeigt das totale Versagen von Wissenschaft und Politik. Die reale Gefahr in Form einer Pandemie wurde komplett ignoriert.

Nun ist der gleichen Quelle eine noch schlimmere Seuche entsprungen: ein Markt für Wildtiere in China. Warum haben die Wissenschaftler die Gesellschaft nicht eindringender gewarnt? Warum hat die Weltgemeinschaft nicht darauf bestanden, dass diese Märkte sofort geschlossen werden und der Handel mit lebenden Wildtieren streng verboten wird? Warum hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) keine Beobachtungsposten in Asien eingerichtet, um die Anfänge einer Epidemie frühzeitig zu erkennen? Warum haben die Regierungen der Welt keine Notfallpläne ausgearbeitet für den Fall eines erneuten Ausbruchs in China und einer sofortigen Isolation? Seit Jahren wird sowohl von der Politik als auch von der Wissenschaft der Klimawandel als die grösste Herausforderung für die Menschheit dargestellt. Wie wir jetzt wissen, war das die falsche Priorität.

Philipp Neiss, Aarberg

Aufgrund der Corona-Pandemie leben wir gegenwärtig in der Schweiz in einer «ausserordentlichen Lage», in der unser aller Leben auf den Kopf gestellt wurde. Niemand weiss, wie es weitergeht. Aber wir leben mit kontrolliertem Optimismus.

In der Zwischenzeit ist zwar durchgesickert, dass im Vorfeld dieser Pandemie auch bei uns einiges schiefgelaufen ist (archaisches Informationssystem im BAG, ungenügende Pflichtlager usw.). Aber der Bundesrat und die zuständigen staatlichen Instanzen haben unter den gegebenen Umständen bzw. in Anbetracht der verfügbaren Daten ein sehr gutes Krisenmanagement gezeigt, dies mit dem einen Ziel, die Zahl der zu erwartenden Toten möglichst tief zu halten. Das bedeutet, die ganze Schweiz muss sich massiv einschränken, damit die Risikopopulation (ihre Mitglieder sterben in der Regel) geschützt wird. Die Jungen würden mit dem Virus auch ohne diese Massnahmen fertig, wenn auch nicht ganz ohne Tote.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Derzeit scheint es, dass mit den angewandten Massnahmen der Kollaps des Gesundheitswesens verhindert werden konnte. Das primäre Ziel wäre somit erfüllt. Die Schweiz muss aber schnellstmöglich wieder leben. Jetzt ist deshalb zwingend Solidarität dieser zu schützenden Personengruppe gefragt, zu der auch ich zähle. Solidarität in dem Sinne, dass die Jungen den Alltag (Wirtschaft, soziales Leben usw.) in absehbarer Zukunft wieder aufnehmen können, die Risikogruppe aber sich separiert und somit selber schützt. Wir Alten bleiben somit so lange zu Hause, bis wir mit einem Test beweisen können, dass wir dem Corona-Tod (mit oder ohne Unterstützung) entkommen können, oder aber sich die Situation grundlegend geändert hat (zum Beispiel Impfung, antivirale Substanzen usw.). Aus diesem Grund ist in der nächsten Zukunft ein intensives Testen der Bevölkerung notwendig.

Dr. med. Urs Lagler, Zumikon

Ausschüttung von Dividenden

Besser hätte man die Bankermentalität nicht charakterisieren können, als dies Mark Branson, Herr der Finma, in seinem Beitrag «Ausschüttung von Dividenden kritisch überprüfen» (NZZ 26. 3. 20) getan hat. Es ist doch der Gipfel der Zumutung, Aktionären die ihnen zustehenden Dividenden vorenthalten zu wollen, um die Reserven von Banken zu äpfeln, ohne auch die Fortzahlung schon lange überrissener Boni infrage zu stellen. Manch ein Aktionär hat seine Titel wohl nur der bald fälligen Dividenden wegen noch behalten und soll nun, nach den Kursverlusten, auch noch auf die Dividenden verzichten. Allein die CS und die UBS haben seit 2007, als die Kurse auf Allzeithöhe waren, geschätzt je um die 50 Milliarden an variablen Vergütungen ausgerichtet bei einer Kursentwicklung auf heute unter 10 Franken. Den Herrschaften geht es primär offensichtlich nur um die eigenen Interessen und nicht um die ihrer Kunden.

Heinrich Hess, Seuzach

Qualitätsjournalismus hat seinen Preis

Andreas Schnürer ist zuzustimmen: Qualitätsjournalismus ist ein hohes Gut, und seine Produktion ist kostspielig – dementsprechend kann und soll er nicht gratis zu haben sein (NZZ 21. 3. 20). Allerdings blendet der Autor einen Aspekt aus: Zeitungen – auch digitale – werden gemacht, um gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen und die Meinung der Leserschaft zu beeinflussen. Hinter jeder Zeitung stehen Interessengruppen, für die das Medium gerade wegen seiner Glaubwürdigkeit wertvoll ist. Im Fall der NZZ hat diese Gruppe ihr finanzielles Engagement (vor allem in Gestalt von Werbung) seit Jahren reduziert und ist in ähnlicher Weise zum Trittbrettfahrer geworden wie «gebührenfreie» Internetleser. Andreas Schnürer sollte dementsprechend nicht nur den Lesern, sondern auch den politischen und wirtschaftlichen Profiteuren

der von der NZZ vertretenen Meinungen dringend ins Gewissen reden, ihren Beitrag zum Erhalt des Qualitätsjournalismus zu leisten.

Georg Reider, A-Wien

Ungläubig entnehme ich dem Leserinweis zum Fototableau vom 27. 3. 20, dass diese Reihe mit der Bilderserie der Woche 13/2020 «endet». Das ist mehr als ein Verlust, und damit «endet» mehr als «nur» eine Bildserie: Mit diesen jeweiligen Fenstern auf die Welt als Teil von Meinung & Debatte leistet die NZZ einen im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbaren Beitrag zur liberalen Überwindung der Schweigespirale. Ich habe täglich vor diesem Fenster verweilt, jüngst vor dem «langsamen Tod des Viktoriasees» und etwas vorher ob dem «Gift in unseren Adern». Es scheint, dass der NZZ Sinn und Freude an provozierendem Anstossen des Denkens und der Gedanken abhandenkommt. Der Verzicht auf das zweiwöchentliche Kreuzworträtsel erscheint mir so rückblickend als ein böses Zeichen an der Wand, und die Kürzung der «Reflexe» um einen täglichen Beitrag als wortwörtlicher Ausdruck dieses Rückzugs. Wenn ich die über einen breiten Medienbereich ausgelegene Auseinandersetzung überdenke, welche Andreas Schürer mit seinen Überlegungen zum Preis des Qualitätsjournalismus (21. 3. 20) wiedergibt, bleibe ich am Risiko der «Meinungs-Blase» hängen, von welchem Leo Hug (Leserbrief 26. 3. 20) schreibt. An der Meinungs-Blase als Produkt der Schweigespirale, die das Fototableau nun offenbar nicht mehr unterbrechen soll: Wenn der Journalismus zu viel von der Qualität verliert, welche im Fototableau zum Ausdruck kommt, müssen wir uns allerdings nicht mehr um seinen Preis streiten.

Guido Brusa, Rüslikon

Swiss muss schweizerisch werden

Es ist absehbar, dass in den kommenden Monaten viele Fluggesellschaften Liquiditätsprobleme bekommen werden: Für die Schweizer Regierung eröffnet sich dadurch eine einmalige Chance. Sie könnte im Gegenzug zur finanziellen Stützung der Swiss einen wesentlichen Anteil am Aktienkapital der Lufthansa-Gruppe erwerben oder die Herauslösung der Swiss aus dem Lufthansa-Konzern verlangen. Für unser Land liegen die strategischen wirtschaftlichen Vorteile auf der Hand, wenn über die Hubpolitik, die auch die Schweizer Flughäfen betrifft, nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Zürich und Bern entschieden wird. Die niederländische Regierung hat es uns vorgemacht und ihren Anteil an Air France-KLM auf 12,68 Prozent erhöht. Es ist zu wünschen, dass unsere Regierung ebenfalls den Mut aufbringt, auf diesem Gebiet eine furchtlose, interessengeleitete Politik zu betreiben.

Christoph Meyer, Basel

KORRIGENDUM

zz. · Im Artikel «Bibliothekare werden zu Velokurieren» (NZZ 2. 4. 20) steht, dass die Zürcher Zentralbibliothek an einem Tag gut 5000 Bücher verschickt hat. Es sind allerdings nur gut 500.

TRIBÜNE

Krise und Diktatur

Gastkommentar

von BRUNO S. FREY und MARGIT OSTERLOH

Das Coronavirus hat die Welt in eine grosse Krise gestürzt. Allenthalben wird eine entschiedene und rasche Politik gefordert, mit der dieses unvorhergesehene Ereignis bewältigt werden soll. Dabei wird häufig auf die Regierungen von Singapur und Südkorea verwiesen, wo autoritäre Massnahmen die Ausbreitung des Virus gestoppt hätten. Manche sehen auch die Politik der Volksrepublik China und ihrer diktatorischen Führung als Grund dafür an, dass in diesem Land neue Ansteckungen völlig vermieden wurden. Auch das hohe Wirtschaftswachstum dieser Länder wird häufig einer autoritären Führung zugeschrieben. Selbst in gut etablierten Demokratien wie Frankreich, Italien, Österreich oder Deutschland wird nicht selten argumentiert, in einer derart grossen Krise müssten Politiker an die Macht, welche die erforderlichen Massnahmen rasch und entschieden durchsetzen und sich nicht um als kleinlich erachtete Gegenargumente kümmern. Diese Forderung ist zuweilen auch in der Schweiz zu hören.

Stimmt denn die Vorstellung, es brauche eine autoritäre Politik, um grosse Aufgaben zu bewältigen? Die australischen Autoren Stephanie Rizio und Ahmed Skali haben soeben eine umfassende Untersuchung darüber vorgelegt, ob Diktatoren die Wirtschaftslage positiv beeinflussen. Die Autoren verwenden moderne ökonomische Methoden mit Daten über die lange Periode von 1858 bis 2010 und betrachten nicht weniger als 133 Länder. Es werden dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse kurz vor und kurz nach Machtantritt einer autoritären Regierung statistisch analysiert; im Vordergrund steht die Frage: Sind autoritäre Herrscher fähig, das Wirtschaftswachstum zu steigern, oder kommen Politiker in eine autoritäre Position, wenn das Wirtschaftswachstum hoch ist?

Die Untersuchung führt zu drei wichtigen Ergebnissen. Erstens bewirken Autokraten häufig eine Verminderung des Wirtschaftswachstums, also genau das Gegenteil dessen, was von manchen

Stimmt denn die Vorstellung, es brauche eine autoritäre Politik, um grosse Aufgaben zu bewältigen?

erwartet wird. Zweitens gibt es einige wenige Autokraten, die ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zustande bringen, aber dies ist sehr selten der Fall. Eine solche Konstellation tritt nicht häufiger auf, als es dem Zufall entspricht. Drittens bewirken die wenigen wachstumsfreundlichen Autokraten nicht eine Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität, sondern reiten auf einer Welle, die schon vor ihrer Machtübernahme bestand.

Insgesamt erlaubt diese sorgfältige Untersuchung den Schluss, dass autoritäre Regierungen keineswegs notwendig sind, um ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu erreichen. Demokratien können das besser. Ein wesentlicher Grund dafür ist die kontroverse Diskussion in offenen Gesellschaften. Diese zeigt neue Wege auf und fördert damit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Demgegenüber hängen Diktaturen oft überholten und unfruchtbaren Ideologien nach, die wirtschaftlich schädlich sind. Die Ergebnisse der erwähnten Studie lassen sich nicht direkt auf die heutige Situation der Corona-Krise übertragen. Aber immerhin lässt sich entschieden infrage stellen, ob es wirklich autoritäre Regierungen braucht, um grosse gesellschaftliche Probleme erfolgreich anzugehen. Auch wenn die gewaltigen Herausforderungen der Corona-Krise neu sind und dringend gelöst werden müssen, ist positiv zu werten, wie sie in der konsensorientierten Schweiz angegangen werden. Dringende Massnahmen erfolgen schnell und unbürokratisch. Auch im Vergleich zu stärker zentralistisch organisierten Ländern scheidet die Schweiz gut ab. Wenn ein rascher und vollständiger Rückbau der Zwangsmassnahmen in der Wirtschaft und im Privatleben gelingt, können wir auf unsere Demokratie stolz sein.

Bruno S. Frey und Margit Osterloh sind ständige Gastprofessoren an der Universität Basel und Forschungsdirektoren des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema), Zürich.

NZZ DIGITALK

Absturz an der Börse – wie geht es weiter?

Weltweit steht die Wirtschaft wegen der Corona-Pandemie still. Nach einer scharfen Korrektur hat sich die Börse wieder etwas gefangen. War es das oder stehen uns noch weitere Turbulenzen an den Märkten bevor? Diesen und weiteren Fragen geht **Markus Städeli**, Wirtschaftsjournalist der «NZZ am Sonntag», in unserem Digitalk auf den Grund. Im Gespräch mit **Caroline Hilb**, Leiterin Anlagestrategie der St. Galler Kantonalbank, und **Philipp Bärtschi**, Anlagechef der Bank J. Safra Sarasin. Erfahren Sie mehr über die aktuelle Lage und stellen Sie Ihre persönlichen Fragen.

-  8. April, 18.30 Uhr
-  Online, Sie erhalten einen Link zugestellt
-  Abonnentenpreis Fr. 10.–/Normalpreis Fr. 12.–

Tickets und Informationen

➔ nzz.ch/live

ONLINE-
VERANSTALTUNG

NZZ LIVE